

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Dienstag, 12.02.2008  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Mecklenburg, Rico

#### **SPD-Fraktion**

Burfeind, Heidrun  
Götze, Horst  
Jahnke, Horst  
Südhoff, Johann  
Swieter, Benjamin  
Wessels, Johann

für Kai-Uwe Schulze

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Orth, Petra

#### **FDP-Fraktion**

Ammersken, Heino  
Eilers, Hillgriet

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd

#### **Fraktion DIE LINKE.**

Koziolk, Stephan-Gerhard

#### **Verwaltungsvorstand**

Lutz, Martin Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Denkman, Dieter  
Baumann, Albert  
Mansholt, Dieter  
Stomberg, Beate  
Wegbänder, Martin  
Dirksen, Heike

#### **Protokollführung**

Jetses, Karin

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Mecklenburg** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 29.11.2007

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 29.11.07 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

**Herr Dieter Raveling** fragt an, wie die Parteien in Anbetracht eines Schuldenstandes in Höhe von 90,1 Mio. € dazu kommen würden, diese 1 Mio. € anderweitig zu verplanen und nicht zur Tilgung von Darlehen zu verwenden. Außerdem stellt er die Frage, warum die 500.000 € bis auf den letzten Cent verplant würden, obwohl die Durchsetzung der Gehaltssteigerung im öffentlichen Dienst von nur 1 % 300.000 € ausmachen würde.

**Herr Lutz** entgegnet, ein Haushaltskonsolidierungskonzept sei nur dann notwendig, wenn ein Defizit im Verwaltungshaushalt ausgewiesen werde. Das Defizit im Verwaltungshaushalt werde im Jahre 2008 komplett abgebaut, d. h. alle erwirtschafteten Überschüsse seien dazu genutzt worden, die Defizite zu decken. Er gehe davon, dass es ein wesentlicher Punkt gewesen sei, den die Politik hiermit berücksichtigt habe, als sie gesagt hätten, man habe diese Millionen an Einsparungen tatsächlich genutzt, um die zukünftigen Haushalte nicht weiter zu belasten.

Bezüglich der Gehaltssteigerungen erklärt Herr Lutz, dass nur die Steigerung berücksichtigt werden konnte, die vorher auch bekannt gewesen sei. Wie die Tarifparteien sich nunmehr einigten würden, könne jetzt noch nicht gesagt werden.

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**TOP 5** Kreditaufnahme der Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2008.  
Vorlage: 15/0612

**Herr Lutz** führt aus, die Wirtschaftspläne seien Anlage des Haushaltsplanes. Durch eine Änderung in der NGO sei nunmehr jedoch eine formelle Beschlussfassung notwendig.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden genehmigt die in den als Anlage zum Haushaltsplan der Stadt Emden beizufügenden Wirtschaftsplänen der städtischen Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2008 enthaltenen Kreditaufnahmen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Ratsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen Leistungen  
Vorlage: 15/0583

**Herr Lutz** trägt vor, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten darauf hingewiesen, dass es zwar für die Verwaltungsmitarbeiter eine Regelung bezüglich der Annahme von Vergünstigungen gäbe, für die Ratsmitglieder bislang jedoch noch nicht. Aufgrund von Unruhen in anderen Städten wie u. a. in Wolfsburg und Hannover seien dort Regelungen geschaffen worden, damit sich jeder entsprechend absichern könne. Diese Regelung beinhalte zum einen eine Art Selbstkontrolle und zum anderen eine Veröffentlichungsvorschrift. Die Stadt Emden habe sich an diesen Vorschriften orientiert und schlage nunmehr dem Rat vor, zu überlegen, ob er sich diese Vorschrift selber geben möchte.

**Herr Renken** begrüßt es, dass die Verwaltung aufgrund seiner Nachfrage hier tätig geworden sei und dem Rat einen solchen Vorschlag unterbreite, da das Thema Korruption eine zunehmende gesellschaftliche Bedeutung auch in der Politik bekommen habe. Auch dränge der Bundesgerichtshof darauf, dass von Seiten des Rates eine Regelung geschaffen werde.

Weiter erklärt er, er habe an zwei Punkten Abweichungen von der Richtlinie festgestellt, die in Hannover und Wolfsburg vorhanden seien. In Hannover gehe man davon aus, dass eine Zuwendung von über 10 € bereits im praktischen Bereich sei. Hier seien 20 € aufgeführt. Außerdem sei in Hannover festgelegt worden, dass die Mitglieder des Rates den Ratsvorsitzenden über alle Zuwendungen informieren müssen. Hier habe man sich entschlossen, dass der Oberbürgermeister zu informieren sei.

Abschließend bemerkt er, er sehe den ersten Teil seines Antrages mit der Vorlage erfüllt.

**Herr Bongartz** hält diese Verwaltungsvorlage für die zu regelnde Angelegenheit für ausreichend. Wenn sich später herausstellen sollte, dass noch mehr klärender Bedarf vorhanden sei, könne man sie dahingehend erweitern.

**Beschluss:** Der Rat beschließt:

1. die der Vorlage 15/0583 als Anlage 1 beigefügte Ratsvorschrift zur Annahmen von unentgeltlichen Leistungen
2. in der Vergangenheit gewährte Zuwendungen im Sinne von § 4 der Ratsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen Leistungen zu genehmigen,
3. dass die Ratsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen Leistungen

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

sinngemäß auch für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister gilt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 15/0482

**Herr Lutz** schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 gemeinsam zu beraten und darüber gesondert abzustimmen.

Er erklärt, über das Budgetbuch sei bereits genügend gesprochen worden, sodass er dazu nichts mehr ausführen brauche. Nach Eingang der Änderungsvorschläge habe die Verwaltung eine Liste mit den Änderungen erstellt, die vor der Sitzung verteilt worden sei. Weiter bemerkt er, im gestrigen Schulausschuss sei lange über Kinderarmut diskutiert worden. Auch habe es eine Vorlage gegeben, die beinhaltete, dass den Kindern ein Essenszuschuss gewährt werde.

Herr Lutz geht dann im Einzelnen auf die Einnahmen im Verwaltungshaushalt ein. Er bittet darum, im Anschluss die einzelnen Blöcke gesondert abzustimmen. Anschließend erläutert er den Investitionshaushalt im Vermögenshaushalt und stellt die dortigen Einnahmen dar.

**Herr Renken** fragt an, ob es auch in den vergangenen Jahren Leistungen des Verwaltungsvorstandes vom Eigenbetrieb gegeben habe und inwieweit sich die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebes ändern würden.

**Herr Lutz** antwortet, das sei ein Betrag, der schon immer in die Gebührenkalkulation eingeflossen und bis zum Jahre 2002 an den Gesamthaushalt abgeführt worden sei. In den Leistungen des Verwaltungsvorstandes seien die gesamten Overheadkosten des Rates enthalten.

**Herr Mecklenburg** bittet die Fraktionen, die Liste durchzugehen und zu vergleichen, ob alle Ausarbeitungen vorhanden seien. Er betont, hinsichtlich des Schulmittelfonds gäbe es noch einen kurzen Beratungsbedarf.

**Herr Ammersken** schlägt noch eine redaktionelle Änderung vor. Unter dem Punkt 1.13 sei das „Projekt Kochprogramme/Erährungsberatung Kita/Kiga“ aufgeführt worden. Seiner Ansicht nach sollte das spezifiziert werden, da so nicht erkennbar sei, was die Fraktionen damit meinten. Er plädiere dafür, dieses Projekt „Erährungsberatung und kindgerechtes Essen in Kitas“ zu benennen. Damit sei die Absicht aller Fraktionen, eine/einen Ökotrophologin/Ökotrophologen einzustellen, deutlicher.

**Herr Jahnke** ist der Auffassung, den einzig strittige Punkt im Schulausschuss habe es nur beim Schulmittelfonds gegeben, da insbesondere die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE. hier noch einen etwas höheren Ansatz sehen wollen. Sie wollten nicht nur das erste, fünfte und elfte Schuljahr unterstützen, sondern seien der Auffassung, dass ein gewisser Betrag in jedem Schuljahr gegeben werden sollte. Die Grünen gingen sogar soweit, dass 70 € pro Kind gewährt werden sollte. Er sei der Ansicht, dass hier doch noch ein Kompromiss bis zur Ratssitzung gefunden werden sollte, damit der Rat den Haushalt vielleicht sogar einstimmig verabschieden könne.

**Herr Bongartz** schließt sich den Worten von Herrn Jahnke an. Es sei in der Vergangenheit gelungen, in einer großen Ausgabendisziplin im Rat und mit einem hohen Maß an Einigkeit den Haushalt, der in einem schwierigen Fahrwasser gewesen sei, wieder in ein ruhiges Wasser zu bringen und wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Gestern Abend habe man sich

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

bei einem Gesamtvolumen von 130 Mio. € letztendlich über 500.000 € unterhalten, das seien 0,4 % des Gesamthaushalts. Alle Fraktionen seien sich bis auf den Punkt Schulmittelfonds einig gewesen. Bevor heute wieder endlos diskutiert werde, schlage er vor, es bis zur Ratssitzung zu regeln. Er sei guten Mutes, dass dieses gelingen werde.

**Herr Ammersken** erklärt, es habe sich gestern Abend gezeigt, dass die Fraktionen bezüglich der Schulreform nur marginal auseinander liegen würden. Es seien auch bereits konkrete Vorschläge im Hinblick auf eine Einigung gemacht worden. Er würde sich wünschen, dass alle fünf Fraktionen sich schnell einigen würden.

Weiter führt er aus, er finde es sehr bemerkenswert, dass seitens der Fraktionen hier noch nicht über einen möglichen Nachtrag gesprochen worden sei. Die gestrige Diskussion habe gezeigt, dass man sich in vielen Punkten schon einig sei, sich aber im Detail noch abstimmen müsse. Er sei der Ansicht, dass alle Fraktionen im Rat Gutes geleistet hätten und konsequent bei der Linie geblieben seien.

**Herr Koziolk** bemerkt, in dieser Liste würde er die Forderung seiner Fraktion nach einem Schuldenabbau nicht wiederfinden. Wenn dieses jedoch über den Nachtragshaushalt realisiert werden könne, würde er sich durchaus mit diesen Punkten zufrieden geben können. Voraussetzung sei natürlich, dass auch der Schulmittelfonds dementsprechend angepasst werde.

Ein weiterer Punkt sei der Ansatz für die Naturforschende Gesellschaft, der hier nicht aufgeführt und von seiner Fraktion mit 2.000 € angesetzt worden sei. Ansonsten könnte man sich in dieser Woche einigen.

**Herr Renken** stellt fest, er beurteile die gestrigen Gespräche auch sehr konstruktiv und vom Ergebnis her weitestgehend positiv. Jede Fraktion habe von ihren Vorschlägen abgeben müssen und andere durchsetzen können. Wichtig sei es, dass man sich an die Gesamtfinanzierungsbedingungen gehalten habe und dass die Ausgabendisziplin im Rat noch vorhanden sei, auch wenn das im Vorfeld dieser Sitzung noch nicht so deutlich gewesen sei. Insbesondere, wenn der Nachtragshaushalt in der Größenordnung von 1 Mio. € schon komplett verplant gewesen sei, ohne dass über den Schuldenabbau gesprochen wurde.

Er führt weiter aus, der strittige Punkt sei natürlich der Schulmittelfonds. Er sei erfreut darüber, dass hier offenbar noch weitere Annäherungen möglich seien. Wie das ausgehen würde, könne jetzt jedoch noch nicht beurteilt werden. Für seine Fraktion sei es wichtig, dass kein Schuljahr herausfalle. Der Oberbürgermeister habe in seiner Neujahrsansprache die Position vertreten, wenn die vom Bund festgesetzte Höhe der Leistungen als Mittel der Familien für Lehr- und Lernmittel nicht ausreichen würden, darf und kann die Gemeinde dieses aus ordnungspolitischen Gründen nicht korrigieren. Jedoch hätten ordnungspolitische Gründe den Rat nicht bei jeder Entscheidung ausschließlich leiten lassen. Von daher seien auch die positiven Auswirkungen auf die Stadt Emden zu prüfen. Er appelliert abschließend, man müsse für die Kinder und die Menschen in dieser Stadt in bestimmten Situationen konkrete Hilfe leisten.

**Herr Jahnke** erklärt bezüglich der Bemerkung in der Einwohnerfragestunde, dass es zum einen fiskalische Schulden gäbe. Aber zum anderen müsse auch in die Infrastruktur wie städtische Gebäude, Straßen, Schulen und Kindergärten investiert werden. Es sei ein erheblicher Investitionsrückstau vorhanden, der dringend abgebaut werden müsse. Insofern müsse die Chance eines Nachtrages genutzt werden.

**Herr Bongartz** stellt fest, der Redebeitrag von Herrn Renken sei nicht gerade besonders förderlich bezüglich der Gemeinsamkeit gewesen. Am gestrigen Abend hätten sich die Fraktionen weder über den Schuldenabbau noch den Nachtrag unterhalten.

## **Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation**

**Herr Lutz** weist darauf hin, ordnungspolitisch habe die Verwaltung das gemacht, was gestern vergessen worden sei und zwar, das Essen für die Kinder noch einmal mit aufzunehmen. Das sei gestern im Schulausschuss beschlossen worden.

Weiter erklärt er, er danke den Fraktionen dafür, dass mit Ruhe und Gemessenheit an diesem Haushalt mitgearbeitet worden sei. Nach einigen wirklich schlechten Jahren, was die Einnahmesituation angehe, hoffe er, dass die nächsten Jahre besser würden und in Zukunft tatsächlich ein Spielraum vorhanden sei, mit dem in die Schuldentilgung investiert werden könne. Abschließend erklärt er, vielleicht werde es dennoch gelingen, im letzten Punkt eine Einigung hinzubekommen. Seiner Meinung nach sei festgestellt worden, dass es ein Korrektiv gäbe im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Ich könne nur anregen, diese für die letzten Verhandlungen vielleicht auch noch einmal zu nutzen.

**Herr Mecklenburg** fasst zusammen, dass die Einrichtung des Schulmittelfonds sozusagen schraffiert worden sei als noch zu beratender Punkt, was die Höhe der Summe und die Anzahl der Beteiligten angehe.

Hinsichtlich der Punkte im Vermögenshaushalt stellt Herr Mecklenburg fest, bei Punkt 2.7 sei beantragt worden, dem WSV Friesland für eine Spundwand Geld zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass es sich hierbei um den Bootshafen Barenburg handle. Das sei nicht richtig, es handle sich hierbei jedoch um Friesland.

**Herr Lutz** richtet die Bitte an die Vereine, die Anträge nicht nur an die Fraktionen zu stellen, sondern sie auch der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

**Herr Mecklenburg** lässt sodann über die Beschlussvorlage unter dem Vorbehalt bezüglich des Schulmittelfonds abstimmen.

### **abweichender**

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T 15/0482 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008 mit den Änderungen aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011  
Vorlage: 15/0484

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2008 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 9** Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 15/0483

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008 im Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit je 347.600 €

**Ergebnis:** einstimmig

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

**TOP 10** Mehr Ökostrom für die Stadt Emden  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 09.12.2007  
Vorlage: 15/0609

**Herr Bongartz** erklärt, der Vorlage sei nichts mehr hinzuzufügen. Er bitte jedoch darum, dem Rat zur Jahresmitte eine Mitteilung über die finanziellen Auswirkungen zukommen zu lassen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11** Friesenkrug in Wybelsum  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.01.2008  
Vorlage: 15/0610

**Herr Ammersken** erklärt, da nun die Antwort der Verwaltung vorliege, müsse die weitere Entwicklung abgewartet werden. Dieses sei wichtig, da der Friesenkrug in Wybelsum eine wesentliche Funktion als Bürgerhaus wahrnehme. Seine Fraktion würde auf eine entsprechende Lösung auch über das Jahr 2009 hinaus drängen.

**Herr Mecklenburg** bemerkt, auch würden die Räumlichkeiten von der gegenüberliegenden Schule als Aula benutzt.

**Herr Baumann** trägt vor, wie er bereits in der Vorlage geschrieben habe, wolle er sich nunmehr zu den Kosten der Sanierung äußern. So habe er diese Kosten, die für eine Sanierung erforderlich seien, mit 90.000 € ermittelt, die jedoch derzeit nicht zur Verfügung stehen würden.

Weiter teilt Herr Baumann mit, der Pächter des Friesenkrugs habe den Pachtvertrag fristgemäß zum 30.06.2009 gekündigt. Diese Kündigung sei am 27.01.2008 eingegangen und sei seitens der Verwaltung mittlerweile bestätigt worden.

**Herr Bongartz** stellt fest, dieses sei eine völlig neue Situation. Nun müsse man sich wirklich überlegen, wie es zukünftig mit dem Friesenkrug weitergehe. Seiner Ansicht nach müsse sich der Bürgerverein, die Politik und die Verwaltung an einen Tisch setzen und eine gemeinsame Lösung über die künftige Nutzung des Friesenkruges herbeiführen.

**Herr Wessels** erklärt, er habe zusammen mit Herrn Odinga im Vorfeld Gespräche mit der Familie Pilzen geführt und darüber vorläufig Stillschweigen vereinbart. Da die FDP-Fraktion hier nicht anwesend gewesen sei, sei er nunmehr über den Antrag von Herrn Fooker verwundert. Das Dorfgemeinschaftshaus, welches im Jahre 1966 für die Bevölkerung aus Wybelsum und Logumer Vorwerk errichtet worden sei, stehe auch anderen Personen zur Verfügung. Doch dieses sei in der Vergangenheit oft von Herrn Bolinius kritisiert worden. Seiner Meinung nach müsse die Verwaltung nunmehr ein neues Konzept erarbeiten. Er selbst sei erstaunt, dass die Familie Pilzen bereits gekündigt habe, da sie sich dahingehend geäußert hätten, bei einem entsprechenden Ambiente weiterzumachen.

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Herr Ammersken** erklärt, er könne die Kritik am Antrag seines Fraktionskollegen auch vor dem Hintergrund der Kündigung nicht nachvollziehen. Scheinbar würde es nunmehr ein schwerwiegendes Problem auch in Verbindung mit einem Jugendraum geben, von dem der Rat auch im Hinblick auf einen Nachtrag in Kenntnis gesetzt werden müsse, damit entsprechend in den Fraktionen beraten werden könne. Von daher habe es sogar Sinn gemacht, diesen Antrag zu stellen.

**Herr Baumann** erklärt, da die Kündigung fristgerecht eingegangen sei, habe er sie bestätigt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt seien noch keine weiteren Gespräche mit den Pächtern geführt worden. Auch könne er nicht sagen, ob die Kündigung jetzt als Druckmittel benutzt werde, um Investitionen zu erreichen. Den Pächtern sei seinerzeit signalisiert worden, dass die Verwaltung die Kosten ermitteln lassen wolle. Er selbst sei von der frühzeitigen Kündigung auch überrascht gewesen und wolle auf jeden Fall noch einmal das Gespräch mit den Pächtern suchen, wie diese sich den weiteren Weg des Friesenkruges vorstellen würden und ob sie gewillt seien, weiterzumachen.

**Herr Bongartz** betont, es dürfe nicht sein, dass die Kündigung gegenüber dem Rat als Instrumentarium eines Druckmittels benutzt werde. Er bittet die Verwaltung, aufgrund der vorhandenen Kündigung jetzt nach vernünftigen Lösungen zu suchen.

**Herr Mecklenburg** gibt den Vorsitz ab und erklärt, da er fast täglich vor Ort sei, habe er aus vielen Gesprächen entnommen, dass das Gebäude in dem Zustand, in dem es sich jetzt befindet, sich nicht mehr wirtschaftlich darstellen lasse und insgesamt dringend einer Renovierung bedürfe. Diese wirtschaftliche Situation habe das Pächterehepaar dazu gezwungen, den Pachtvertrag zu kündigen, zumal sie sich ja auch bereits beruflich weiter orientiert hätten.

Er habe dennoch den Eindruck, falls der Friesenkrug wieder in einen Zustand gebracht werde, der auch eine wirtschaftliche Betätigung dort zulasse, dass sich dann das Pächterehepaar möglicherweise auch wieder für eine Verpachtung bewerben würde. Herr Mecklenburg lobt die Arbeit des kreativen und flexiblen Pächterehepaares und bemerkt weiter, es müsse jedoch unter diesen vorhandenen Bedingungen Geld in die Hand genommen werden, um das Gebäude in einen Zustand zu versetzen in dem es auch wirtschaftlich betrieben werden könne. Dann würden sich die Eheleute Pilzen entscheiden, ob sie sich wieder für eine Weiterverpachtung bewerben wollen. Hier von einem Druckmittel zu sprechen, sei seiner Ansicht nach völlig falsch.

**Herr Mecklenburg** übernimmt wieder den Vorsitz.

**Herr Wessels** führt aus, er habe ein vertrauliches Schreiben an die Verwaltung gerichtet, falls es nicht zu einem wohlwollenden Abschluss kommen sollte, dass dann ein neues Betreiberkonzept erstellt werden sollte. Ihm sei jedoch von einer Kündigung des Pachtvertrages bisher nichts bekannt gewesen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 12** Umrüstung der Dieselbusse im Linienverkehr auf Gasbetrieb;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2008  
Vorlage: 15/0614

**Herr Bongartz** erklärt, seine Fraktion habe bereits viele Gespräche mit der Firma Reiter geführt und sich bei der Landesregierung nach den Förderrichtlinien erkundigt. Die Infrastruktur fördere Tankstellen und Werkstätten mit 70 % aus dem Landesnahverkehrsgesetz. Dieses sei eine höchst attraktive Förderung, zumal auch die Umstellung von Dieselbussen auf den Gasbetrieb



## **Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation**

außergewöhnlich umweltfreundlich sei. Seine Fraktion würde eine Umstellung, so wie es bereits in vielen Städten in Niedersachsen schon geschehen sei, sehr begrüßen. Ihm sei jedoch auch bewusst, dass es hier in erster Linie um eine Sache zwischen dem Konzessionsinhaber und den Stadtwerken handele. Dennoch müsse der Rat eine Initialzündung geben, um die Sache voranzutreiben. Die CDU-Fraktion werde auch mit einer geringen Summe im Nachtragshaushalt darauf zurückkommen. Auch sei es nicht immer nötig, dass große Busse fahren würden. Es würde sich seiner Meinung nach anbieten, zu bestimmten Zeiten wesentlich kleinere Busse fahren zu lassen, die mit Gas betrieben würden.

**Herr Renken** begrüßt diesen erneuten Vorstoß und erinnert an den Antrag der Grünen und der FDP-Fraktion aus dem Jahre 2004. Damals seien offenbar die Förderbedingungen noch nicht so gut strukturiert gewesen. Da nunmehr Bewegung in die Sache gekommen sei, hoffe er, dass bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen jetzt tatsächlich diese Umstellung erfolge. In Oldenburg sei mittlerweile jeder fünfte Bus auf Gas umgestellt.

**Herr Koziolk** erkundigt sich nach einer relativen Kostenabschätzung.

**Herr Bongartz** entgegnet, Dieselbusse könnten nicht auf Gas umgerüstet werden. Es sei nur möglich, im Wege der Neubeschaffung eine Umstellung vorzunehmen. Ein Bus mit Gasbetrieb koste 30.000 € mehr als ein Dieselbus. Doch wenn man berücksichtige, dass Gas nur gerade die Hälfte an Betriebskosten verursache, würde sich diese Sache auf Dauer nicht nur umweltpolitisch rechnen. Es sei die Aufgabe des Rates, hier einen kleinen Anschub zu geben.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beabsichtigt, die Busse im innerstädtischen Linienverkehr vom Dieselbetrieb auf Gasbetrieb umzustellen. Die städtischen Wirtschaftsbetriebe GmbH werden daher aufgefordert, für eine schnelle Umrüstung zusammen mit dem Betreiber des ÖPNV in Emden ein Konzept zu entwickeln. Die Umrüstung sollte dabei kostenneutral gestaltet werden.

Auf den der Vorlage 15/0614 beigefügten Antrag wird verwiesen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 13** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Kommunal-Kombi; Antrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2007

**Herr Lutz** erklärt, bereits seit geraumer Zeit werde immer wieder nachgefragt, wie es mit dem Kommunal-Kombi aussehe. Dazu habe es auch eine konkrete Anfrage der SPD-Fraktion gegeben. Seit dem 01.01.2008 sei eine entsprechende Verordnung in Kraft getreten. In Emden gäbe es theoretisch 1.100 Personen, die dafür in Betracht kämen. Im Kommunal-Kombi dürften nur Aufgaben gemacht werden, die nicht in Konkurrenz zu anderen Arbeiten stünden. Die Kosten pro Stelle würde sich bei der Stadt Emden auf etwa 12.000 € pro Jahr belaufen, sodass schon bei Schaffung von 20 Stellen über drei Jahre eine ¼ Mio. € zur Verfügung gestellt werden müssen. Er führt weiter aus, er habe noch im letzten Jahr die Landesregierung angeschrieben und sich erkundigt, ob es ggf. Möglichkeiten für eine Förderung gäbe. Die Landesregierung habe ihm geantwortet, dass Kommunal-Kombi nicht so sehr der Schwerpunkt sei, wie man Arbeitsplatzförderung machen könnte. Auch bestehe Skepsis dahingehend, dass tatsächlich Arbeitsplätze gefördert würden.

Herr Lutz bemerkt, er verhandele nunmehr mit dem Land, dass man versuche, ein gemeinschaftliches Konzept aufzulegen. Erst danach könne gesagt werden, ob und in welcher Höhe

## Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

das Land dieses Projekt fördere und was es kosten werde. Auch müsse man sich dann überlegen, ob es nicht sinnvoller sei, auf anderem Wege Arbeitsplätze für den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Sobald ihm nähere Informationen hierzu vorliegen würden, würde er erneut Bericht erstatten. Er sehe damit den Antrag der SPD-Fraktion als erledigt an.

### 2. Ideen- und Beschwerdemanagement

**Frau Dirksen** teilt mit, im November 2007 habe das Ideen- und Beschwerdemanagement seine 1.000-ste Meldung verzeichnen können. Das habe man zum Anlass genommen, eine Umfrage zu starten, wie zufrieden die Kunden mit der Einrichtung seien. Sie habe diese Umfrage nunmehr ausgewertet und eine Zusammenstellung mit den Ergebnissen gefertigt, die durchaus erfreulich seien.

### 3. Verabschiedungen

**Herr Lutz** bedankt sich seitens der Verwaltung bei Herrn Mecklenburg, der die heutige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation zum letzten Mal als Vorsitzender geleitet habe, bevor er in der nächsten Ratssitzung voraussichtlich das Amt des Vorsitzenden übernehmen werde.

**Herr Mecklenburg** gibt diesen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an Herrn Lutz zurück. Ihm sei es wirklich sehr leicht gemacht worden, dieses Amt hier auszuführen.

Weiter fügt er hinzu, dass auch Herr Denkmann heute seine letzte Sitzung habe, da er am Ende dieses Monats seinen Dienst beenden werde. Er bedankt sich bei Herrn Denkmann für die hervorragende Zusammenarbeit und wünsche ihm auch im Namen des Ausschusses alles Gute, Glück und Gesundheit.

### **TOP 14**   Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.